



Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 9+10/2021

**Am 26.
September
beide Stimmen
für CDU oder
CSU!**

Das C als Grundlage und
Kompass unserer Politik
Resolution zur
53. EAK-Bundestagung > 5

EAK-Wahlmonitor
zur Bundestagswahl
> 10-13



Das Christliche Menschen- bild ist zeitlos gültig

Bundeskanzlerkandidat der CDU/CSU Armin Laschet > 3

Liebe Leserin, lieber Leser,

unser Land, das sich aus der **Corona-Pandemie** gerade wieder in den normalen Alltag zurückkämpft, hat in diesem Sommer zu allem Unglück nun noch eine **Jahrhundertflut** erleben müssen. Diese hat Abertausende von Betroffenen, vor allem in **Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen**, an den Rand ihrer Existenz und Belastbarkeit gebracht. Die fürchterlichen **Waldbrände** und unerträglichen Hitzewellen rund um das Mittelmeer sowie auf der ganzen Welt zeigen ebenfalls, wie fragil und gefährdet unsere **natürlichen Lebensgrundlagen** sind und welche großen Aufgaben rund um **Klimaschutz, Umwelt- und Energiepolitik** noch vor uns liegen.

Aber auch die **geopolitische Situation** treibt uns gegenwärtig wieder neue Sorgenfalten auf die Stirn: Ausgerechnet zum **20. Jahrestag der Terroranschläge vom 11. September 2001** in den **USA** sind die islamistischen **Taliban** mit ihrem grausamen und menschenverachtenden Treiben und Morden in **Afghanistan** abermals an die Macht gekommen. Der am Ende wohl zwar unausweichliche, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt nichtsdestotrotz übereilte und unter den Bündnispartnern absolut mangelhaft kommunizierte **Abzug der US-Streitkräfte**, der auch Deutschland und die weiteren **NATO-Partner** unter massiven Handlungsdruck gesetzt hat, wirft nun zu Recht viele Fragen auf. Klar ist: Die sicherheitspolitische Lagebeurteilung der **westlichen Allianz** hat sich auf tragische Weise als völlig falsch herausgestellt. In der Gesamtbilanz führt dies zu einem äußerst **schmerzvollen Rückschlag für alle unsere westlichen Bemühungen** in Bezug auf die **Sicherung bzw. Etablierung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten** in dieser Region. Unseren tapferen **Bundeswehrosoldaten** mit ihren Familien und Angehörigen sowie ihren Partnern und Hilfskräften vor Ort gilt nun unser ganzer Respekt, unsere ganze Anerkennung und vor allem auch unsere tatkräftige Unterstützung und Hilfe. Während ich diese Zeilen verfasste, ist die Bundesregierung unter Hochdruck und größten Kraftanstrengungen damit beschäftigt, möglichst viele Menschenleben – treue **Verbündete, Dolmetscher, Helfer und Ortskräfte** – vor dem sicheren Tod durch das neue Terrorregime **nach Deutschland auszufliegen und in Sicherheit zu bringen**.

Am **26. September** finden die **Neuwahlen zum Deutschen Bundestag** statt. Die Versuchung, aus so manchen dieser krisenvollen Ereignisse der letzten Zeit auf den letzten paar Metern noch einmal parteipolitisches Kapital zu schlagen, gehört leider zum Wahlkampf. Entscheidender aber ist es, dass wir jetzt als **CDU und CSU**, zusammen mit unserem **Kanzlerkandidaten Armin Laschet**, den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes deutlich machen können, dass es vor allem der Union zu verdanken ist, dass wir in den letzten **16 Jahren der Kanzlerschaft von Angela Merkel** nicht nur viele Krisen und Herausforderungen erfolgreich gemeistert haben, sondern dass diese **Jahre der unionsgeführten Bundesregierung** für Deutschland insgesamt dennoch **sehr gute und erfolgreiche Jahre** waren.

Armin Laschet hat völlig recht, wenn er betont, dass es nun – angesichts all der Herausforderungen durch Pandemie, Klimawandel, Strukturwandel, Polarisierungen, gefährlichen Spaltungen der Gesellschaft und so mancher Verschiebung der geopolitischen Machtverhältnisse – um eine **entscheidende Richtungswahl** geht.

Wir haben es mittlerweile mit einer **beträchtlichen Spreizung des Parteiensystems** zu tun. Koalitionsbildungen werden dadurch nicht einfacher. Sieht man einmal von den radikalen Rändern ab, nämlich der komplett unbürgerlichen und zu Recht wegen ihrer rechtsradikalen Tendenzen vom Verfassungsschutz observierten **AfD** auf der einen Seite und der linksradikalen **SED-Nachfolgerin „Die Linke“** auf der anderen, bleiben nicht mehr viele bürgerliche Alternativen. Denn

mit Ausnahme der **FDP**, die seit Jahren leider durch ihre notorische Schwäche und politische Unzuverlässigkeit auffällt und obendrein in vielen ethischen und insbesondere gesellschaftspolitischen Fragen heutzutage mitnichten mehr ein quasi „natürlicher“ Verbündeter der Union ist, wird deutlich:

Jede Stimme, die nicht an die Volksparteien von CDU und CSU geht, schwächt die verbleibende bürgerliche Mitte und macht am Ende nur das Links-Bündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei stark.

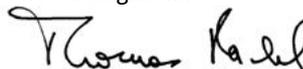
SPD, Grüne und Linkspartei stehen geschlossen für **ein für die Volkswirtschaft fatales Umverteilungsdenken**, das am Ende geradezu zwingend zu Einbrüchen der Gesamtwirtschaftsleistung, zu Massenarbeitslosigkeit und zum Abbau von Wohlstand und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit führen muss. Die Kategorien bzw. Instrumente dieses gesamtlinken Politikverständnisses sind daher immer dieselben – wie übrigens auch der schnelle Blick in die Wahlprogramme zeigt (**beachten Sie dazu bitte auch unseren aktuellen EAK-Wahlmonitor auf S. 10–13**): **Steigerung der Abgabenlasten und Sozialstaatsausgaben, staatliche Dauerbevormundung und Knebelung der Wirtschaftskraft** durch klassenkämpferische Gängelung von Unternehmern und Arbeitgebern in Form von **steuerlicher und arbeitsmarktpolitischer Regulierungswut**, mitunter **forschungshemmende Skepsis gegenüber neuen technischen Wegen, Alternativen und Innovationen**, eine schier **grenzenlose Ausweitung der Wohlfahrtsversprechungen** ohne jedes realistische Nachdenken über deren Finanzierbar- bzw. Nachhaltigkeit und der vereinte Wille zu **ungehemmter Neuverschuldung**. Von den übrigen **ideologischen Grillen linker Klientel- und Umerziehungspolitik** und der damit verbundenen **freiheitseinschränkenden Bevormundung** gegenüber dem Einzelnen einmal ganz zu schweigen.

Deshalb lasse sich hier niemand täuschen: **SPD und Grüne** werden sich auch auf Bundesebene im Zweifelsfall ganz schnell und ohne Skrupel mit der alten **SED-Nachfolgepartei** zusammenfinden, wenn es dazu nur irgendeine passende Gelegenheit geben sollte, die sich als politische Notwendigkeit verkaufen lässt.

60 Jahre nach dem Mauerbau ist schließlich auch darauf noch einmal ein besonderes Augenmerk zu richten: Die parteiübergreifende deutsche Linke hat bis zum heutigen Tage offenbar wenig bis gar nichts aus der **verheerenden Geschichte des realexistierenden Sozialismus** gelernt – bei der Linkspartei ohnehin mit Vorsatz und ohne jeden Skrupel, aber nicht weniger auch bisweilen bei den einschlägig bekannten geistesverwandten Gruppen und Gesinnungskreisen in den Reihen von **SPD und Grünen**.

Die Union muss darum auch in Zukunft die stärkste politische Kraft in Deutschland bleiben!
Bitte gehen Sie zur Wahl und schenken Sie CDU und CSU am Bundestagswahlsonntag wieder Ihre Stimme und Ihr Vertrauen: Gemeinsam für ein modernes, wertgebundenes und zukunftssicheres Deutschland!

Gottes Segen! Ihr



Thomas Rachel *MdB*

Bundvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Das Christliche Menschenbild ist zeitlos gültig und hochattraktiv

Rede auf der 53. EAK-Bundestagung

Bundeskanzlerkandidat der CDU/CSU Armin Laschet

Vielen Dank, lieber Thomas Rachel! Lieber Herr Militärbischof Dr. Felmburg, liebe Frau Regionalbischöfin Dr. Bahr, lieber Volker Kauder, meine Damen und Herren, liebe Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises.

Thomas Rachel hat in Bezug auf das Thema der 53. EAK-Bundestagung an die Zeit erinnert, als die CDU gegründet wurde. Und ich will auch noch einmal unterstreichen, wie revolutionär dieser Gedanke des interkonfessionellen politischen Bündnisses damals eigentlich war. Es existierte vor dem Zweiten Weltkrieg die Zentrumsparterie: tief katholisch, mit einem Prälaten als Fraktionsvorsitzenden – heute unvorstellbar. Und diese Partei hatte seit der Reichsgründung 1871 die gesamte Zeit des Kaiserreichs erlebt, auch den Kulturkampf, und dann die Weimarer Republik sowie die zwölf Jahre der Diktatur der Nazibarbarei. Und man hätte ja 1945 auch auf die Idee kommen können: Lasst uns jetzt doch einfach da weitermachen, wo wir vor zwölf Jahren aufgehört hatten. Aber Konrad Adenauer und die Gründer der CDU haben gesagt: Nein, aus den Erfahrungen dieser zwölfjährigen Barbarei, wo Katholiken und Protestanten gemeinsam in den Gefängnissen saßen, gemeinsam gelitten haben, ja schon unter der Zersplitterung in der Weimarer Republik gelitten hatten, gründen wir nun eine neue Partei, nämlich die CDU: eine Partei,

die offen ist für Christen beider Konfessionen. Und übrigens auch für Juden, die ebenfalls Mitglied der CDU werden konnten – das waren damals allerdings noch nicht so viele.

Diese Parteigründung war insofern so ungewöhnlich, weil im Lebensalltag der Menschen der Spalt noch groß war. Es gab noch die Schulhöfe, wo die katholischen Kinder auf der einen Seite und die evangelischen auf der anderen Seite spielten. Es gab die Vertriebenen. Ich kenne Geschichten, da kam jemand in ein Dorf, ein protestantisches Kind, und dann war da z.B. eine Fronleichnamspzession. Das Kind durfte alles mit vorbereiten, die Blumenteppeiche und was dazugehört, durfte dann aber nicht mitgehen und stand schließlich am Rand, während die Fronleichnamspzession durch die Dörfer zog. Und heiraten durfte man erst recht keinen Protestanten vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil. Plötzlich sagte nun aber eine neue politische Partei, die CDU: Über diese theologisch-religiösen, kirchlichen und sozio-kulturellen Grenzen hinweg werden wir trotzdem zusammenarbeiten. Das war ein großes Verdienst und das galt unbeschadet der Tatsache, dass diese CDU lange Zeit sehr katholisch geprägt war.

Der Evangelische Arbeitskreis war immer die Gegenantwort. Er hat sichtbar gemacht: Wir haben Persönlichkeiten, die evangelischen Glaubens sind und die ihren Beitrag leisten. In

den letzten Jahren hat das in der großen Politik bisweilen vielleicht nicht mehr ganz so im Aufmerksamkeitsfokus gestanden. Wir haben eine Zeit erlebt, wo die Bundeskanzlerin Angela Merkel ganz selbstverständlich evangelisch war, der Präsident des Bundestages Wolfgang Schäuble, der Fraktionschef Volker Kauder und Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin. Das zeigt: Heute spielt der Konfessionsunterschied nicht mehr diese alles entscheidende Rolle. In der Gründungszeit war das noch anders. Deshalb war und ist es ein großes Verdienst, dass die evangelischen Christen im Evangelischen Arbeitskreis ihre Stimme in der Union gefunden haben.

Ich möchte ein Zweites sagen: Thomas Rachel hat an das Deutsche Fußballmuseum erinnert, an den Kirchentagsempfang des Evangelischen Arbeitskreises in Dortmund vor zwei Jahren. Ich habe dort dem EAK gesagt: Ihr seid seit Jahrzehnten die einzige und eigentliche Werteunion. Wir brauchen keine Werteunion, die sich so nennt und gründet und Ressentiments schürt und spaltet. Stattdessen steht Ihr in der CDU seit vielen Jahrzehnten für diese gemeinsamen Werte der Union. Hier wird über das Christliche Menschenbild diskutiert. Hier wird über die reale Umsetzung des Christlichen Menschenbildes in konkretes Handeln diskutiert – mit Theologen, mit Wissenschaftlern, mit Menschen aus der Diakonie, die sich jeden Tag für dieses Christ-

„Wir stehen als Christen in CDU und CSU ganz eng zusammen.“

liche Menschenbild in ihrem persönlichen Alltag einsetzen. Und deshalb sind mir immer diejenigen lieb, die die uns verbindenden Werte nicht nur in Sonntagsreden beschwören, sondern vor allem auch jeden Tag vorleben. Das gilt für den Evangelische Arbeitskreis in ganz besonderer Weise.

Welche Bedeutung hat die Orientierung am C für die Politik heute? Ich glaube Politik in diesen Zeiten löst gemeinhin sehr viele Themen rein pragmatisch, vieles wird der bloßen Nützlichkeit unterstellt, man macht am Ende irgendwelche Kompromisse. Wir haben es gerade in der Pandemie erlebt und wir werden es auch nach der Pandemie erleben, in einer sich verändernden Welt, wo autoritäre Staaten z.B. im Wettbewerb mit uns stehen und zeigen wollen, dass sie die Probleme der Menschen vermeintlich besser und schneller lösen können.

Genau deshalb kommt es für uns aber auch heutzutage wieder darauf an, Politik aus dem Christlichen Menschenbild heraus neu erklären zu können. Es sind Fragen wie diese, die entscheidend wichtig sind: Was ist denn das Christliche Menschenbild? Was ist der Beitrag der Sozialethik der Kirchen, wenn es auch um ganz moderne Fragen geht? Und auch, wenn es um das sorgfältige Abwägen bei wichtigen Entscheidungsprozessen geht: Was sind die Rechte des Individuums und was erfordert die Sozialbindung? Wie verhalten wir uns am Beginn oder am Ende des Lebens, z.B. bei den Fragen der Sterbehilfe oder ähnlichen

ethisch relevanten Fragen? Wie können wir Menschenwürde weltweit in der globalen Welt sicherstellen, auch weit über die Grenzen unseres Landes und Europas hinaus?

All dies gilt es dann nicht zuletzt auch in Wahlkampfzeiten sichtbar zu machen, gerade dann übrigens, wenn immer weniger Menschen nominell einer Kirche angehören sollten. Denn das Christliche Menschenbild ist zeitlos gültig und hochattraktiv. Es gibt unserer Politik das entscheidende Profil. Ein Profil, das kein abgrenzendes Profil ist, kein polarisierendes Profil. Sondern ein Profil, mit dem wir zeigen können: Auch im Alltag leiten wir unsere Politik aus Prinzipien ab und können immer wieder auch aufgrund eben dieser Prinzipien gute Antworten geben. Das betrifft jedes Thema: Es betrifft den Klimaschutz, betrifft die Pandemie, es betrifft den sozialen Einsatz für die Schwächsten.

All das tun wir zusammen. In diesen großen Fragen gibt es kaum einen wesentlichen Unterschied zwischen Katholiken und Protestanten in der Union. Es gibt noch einige theologische Unterschiede zwischen den Kirchen, die man natürlich respektieren muss. Es gibt unterschiedliche Traditionen in 500 Jahren, was ich rund um das Reformationsjubiläum 2017 auch an vielen Stellen wieder gespürt habe. Aber in den eigentlichen Kernfragen, in der Grundorientierung, wie wir gemeinsam als Christen die Welt gestalten wollen, wie wir uns für verfolgte Glaubensgeschwister in der Welt einsetzen, sind wir in der Union seit jeher eng verbunden. Da sind wir vielleicht manchmal sogar weiter als die Kirchen in manchem, was dort so theologisch erörtert wird.

Wir stehen als Christen in CDU und CSU, ob wir nun Protestanten oder Katholiken sind, auch weiterhin – und trotz der verbleibenden Unterschiede im Bekenntnis – ganz eng zusammen, und deshalb freue ich mich, bei dieser 53. Bundestagung des EAK dabei zu sein. Das Motto „Das C als Grundlage und Kompass unserer Politik“ ist aktueller denn je.

Leicht korrigierte und erweiterte Schriftfassung der Rede des CDU-Bundesvorsitzenden auf der digital durchgeführten 53. EAK-Bundestagung vom 12. Mai 2021.



Armin Laschet MdB

ist Kanzlerkandidat von CDU und CSU bei der Bundestagswahl 2021, CDU-Bundesvorsitzender und Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite. Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.





Das C als Grundlage und Kompass unserer Politik

Resolution zur 53. EAK-Bundestagung vom 12. Mai 2021

1. Das Verhältnis von Staat und Kirche

Weltverantwortung und Weltgestaltung sind die dem Evangelium gemäßen Kennzeichen unseres christlichen Glaubens. Das gilt sowohl für die seelsorgerlichen und diakonischen beziehungsweise karitativen Dienste der Kirche wie auch – in besonderer Weise – für den politischen Bereich. Die beiden Pole „Kirche“ und „Politik“ sind bei all der klaren Unterschiedlichkeit des jeweiligen Auftrages immer auch grundsätzlich als aufeinander bezogen zu denken. Wo sich diese beiden Pole entweder vollständig zu vermischen oder aber grundsätzlich zu trennen drohen, zeigen sich gleichermaßen Zerrformen des Glaubens wie auch der Politik.

Kirche bildet keine rein ideelle Wirklichkeit ab, sondern stellt stets und überall leibhaftige Gestaltung des Glaubenszeugnisses dar. Sie existiert mithin nur in Gestalt von konfessionellen Kirchentümern und somit in Form von geschichtlich-konkret gewachsenen Sozialgestalten des Christentums. Folglich kann sie auch ihre institutionalisierte Außenseite nicht verleugnen. Somit sind auch die Kirchen ihrerseits – sei es in latenter oder in manifester Weise – durch Irrtum, Schuld, Verweltlichung und Ideologisierung gefährdet. Die Jahrhunderte der Kirchengeschichte haben uns gelehrt, dass es sowohl eine politische Gefährdung der Existenz der Kirchen durch staatlichen Totalitarismus („Gottloser Staat“) gibt als auch eine religiöse Gefährdung des Staates („Gottesstaat auf Erden“) durch

ekklesiologische Überhöhung und Verabsolutierung partikularer konfessioneller Herrschaftsansprüche.

2. Die Union als interkonfessionelles Parteienbündnis

Die Entwicklung des Toleranzgedankens, die gewachsene Kultur der ökumenischen Verständigung und die erlangte Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamer, konfessionsübergreifender Handlungsverantwortlichkeiten haben nach dem Zweiten Weltkrieg ein neues Bewusstsein unter Christen aller Konfessionen geschaffen. Wir sind nach den Gräueltaten des Nationalsozialismus, der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und dem totalen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung in Deutsch-

„*Geschichte und Gegenwart von CDU und CSU stehen für die ökumenische Offenheit des konfessionsübergreifenden Miteinanders.*“

land zunehmend dafür sensibel geworden, dass auch in die Jahrhunderte durchziehende Auseinandersetzung und in das Ringen um den christlichen Glauben zwischen den Konfessionen ein ideologischer Ungeist dringen kann, der den Wahrheitsanspruch des Evangeliums verdunkeln, verzerren und deformieren kann. Im Zeitalter der Ökumene haben wir gelernt, dass immer dort, wo sich eine ganz bestimmte Gestalt von Religion bzw. Konfession in ihrer

land zunehmend dafür sensibel geworden, dass auch in die Jahrhunderte durchziehende Auseinandersetzung und in das Ringen um den christlichen Glauben zwischen den Konfessionen ein ideologischer

historisch-partikularen Konkretisierung absolut zu setzen trachtet, das Evangelium verdunkelt wird.

In dieser historischen Stunde des gesellschaftlichen „Nullpunktes“ entstand in einer Weise, die zuvor undenkbar gewesen wäre, ein gemeinsames Band zwischen römisch-katholischen und evangelischen Christen innerhalb zweier neuer Parteien, der „Christlich-Demokratischen Union“ (CDU) und der „Christlich-Sozialen Union“ (CSU). Es ist keineswegs übertrieben, wenn man darauf hinweist, dass sowohl dieses konfessionsübergreifende, politische Unionsbündnis als auch überhaupt die große Erfolgsgeschichte dieser neuen, jungen Parteien in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland ohne die Einbindung der Minderheitsprotestanten und ohne das damit zusammenhängende Wirken sowie die integrative Kraft des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) nicht zu Stande gekommen wäre.

Die große politische Aufgabe nach dem Zweiten Weltkrieg bestand hierbei zunächst in der Gewinnung und gleichberechtigten Einbindung evangelischer Christen in die CDU bzw. CSU, die ja von Beginn an ein starkes zahlenmäßiges Übergewicht an Katholiken verzeichneten. Konrad Adenauer, obwohl selbst katholisch, hat sich immer wieder deutlich dafür ausgesprochen. Er erkannte frühzeitig, dass eine tragfähige christdemokratische Politik nur in der Zusammenarbeit von Protestanten und Katholiken wirklich zukunftsfähig sein würde. Das Wirken von Hermann Ehlers, dem Gründervater des EAK, ist hier vor allem richtungsweisend geworden. Der EAK hat sich seit seiner Gründung im Jahre 1952 in beeindruckender Weise um die konsequente Einbindung der evangelischen Christen innerhalb der Union verdient gemacht. Gerade vor dem Hintergrund der Nicht-Selbstverständlichkeit konfessionsübergreifender politischer Zusammenarbeit muss diese Leistung, die keineswegs nur der profanen Logik des politischen Kalküls entstammte, bis heute gewürdigt werden.

Man war sich bei der Gründung der CDU im Juni 1945 zum ersten Male in der deutschen Geschichte – trotz aller konfessioneller Unterschiede – darin einig, dass die neue staatliche Ordnung in Freiheit und Demokratie nur dann gedeihen könne, wenn sie sich auch auf ihre tragenden christlichen Wurzeln besinnen und ihrer dauerhaft versichern würde. Bis heute ist es ein Erfordernis, dass sich in einer sich permanent verändernden Welt Christen über die Grenzen ihrer Konfessionen hinaus ihrer politischen und gesellschaftlichen Verantwortung geschlossen stellen. Geschichte und Gegenwart von CDU und CSU stehen für diese ökumenische Offenheit des konfessionsübergreifenden Miteinanders.

3. Zur Bedeutung des ‚C‘ in der Union

Spätestens seit der Reformation, dieser großen, nicht nur theologie- und kirchengeschichtlich bedeutsamen, sondern vor allem auch geistes-, gesellschafts- und kulturgeschichtlich prägenden Freiheitsbewegung Europas, wissen wir, dass ein wohlverstandener Begriff von „Pluralität“ auch ein unverzichtbares Kennzeichen der Kirche Jesu Christi auf Erden darstellt, die, wie die Alte Kirche noch wusste, immer nur in den konkret verfassten Kirchentümern selbst existiert. Der Streit um die Wahrheit der christlichen Botschaft und die sich daraus ergebene Spaltung der abendländischen Christenheit können nur unkundigen Betrachtern der Geschichte der Reformationszeit als lediglich bedauerlicher „kirchlicher Betriebsunfall“ erscheinen. In Wirklichkeit ist dieser vermeintliche „Betriebsunfall“ lediglich *ein* (wenn auch gewiss ganz besonderer und folgenreicher) Ausdruck des allgemeinen und grundsätzlichen Streites um die

Wahrheit des Christentums überhaupt, so wie ihn alle Zeiten und Generationen in der Nachfolge Christi immer schon auszutragen hatten und immer wieder neu auszutragen haben. Der große Hamburger Theologe Helmut Thielicke hat dies einmal sehr schön im Hinblick auf den Begriff des „Christentums“ selbst veranschaulicht, indem er die ganze Problematik des Ungeklärten offengelegt hat, die bei seinem (nicht selten inflationären) Gebrauch oft mitschwimmt: „Das Wort ‚Christentum‘ ist ein unglücklicher Begriff: Es meint nämlich nicht so sehr das Evangelium selbst, sondern es meint den großen Komplex all jener geschichtlichen Erscheinungen, die ‚irgendwie‘ in Zusammen-

„*Das politische Wagnis gelang: Die Union wurde zur einflussreichsten politischen Kraft in der Bundesrepublik Deutschland.*“

hang, und zwar manchmal in einem sehr losen Zusammenhang, mit dem Evangelium in Erscheinung getreten sind. (...) In ihm ist schlechterdings alles vereinigt: Von den Orthodoxen bis zu den liberalen Kulturprotestanten,

von der römischen Kirche bis zu den Ernstesten Bibelforschern, von der Tiara des Papstes bis zu den höchsten Ketzerhüten, von der ‚Bekennenden Kirche‘ im Ghetto bis zum Metropoliten von Moskau.“¹

Nicht nur vor diesem theologischen Hintergrund war es ein Wagnis, dass die katholischen wie evangelischen Väter und Mütter der „Christlich Demokratischen Union“, im Jahre 1945, also in der Stunde „Null“ und noch inmitten der Trümmerhaufen der tiefsten moralischen und sittlichen Erniedrigung Deutschlands, gemeinsam im Namen Gottes politisch einen Neuanfang gesucht haben. Ein Wagnis, weil es für ein solches Projekt im nach wie vor konfessionszerstrittenen Deutschland überhaupt keine Vorbilder und Anknüpfungspunkte gab. Ein Wagnis vor allem aber auch deswegen, weil man – gleichsam noch im unmittelbaren Angesicht der zerschlagenen, hässlichen Fratze des nationalsozialistischen Totalitarismus – aus „heißer Liebe zum deutschen Volke“, wie es damals im Berliner Gründungsauftritt hieß, freimütig und zuversichtlich bekannte: „Aus dem Chaos von Schuld und Schande, in das uns die Vergottung eines verbrecherischen Abenteuers gestürzt hat, kann eine Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen, wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen und diese Kraftquelle unserem Volke immer mehr erschließen.“² Das politische Wagnis gelang: Die Union wurde zur einflussreichsten politischen Kraft in der Bundesrepublik Deutschland. Das Modell der interkonfessionellen Zusammenarbeit von Christen hat sich, so gesehen, parteipolitisch – nach innen wie nach außen – bis heute bewährt.

Nichtsdestotrotz gab und gibt es in der Geschichte von CDU (und CSU) immer wieder – zum Teil heftige und äußerst emotionalisierte – Anfragen und Kritik bezüglich des „C“ im Parteinamen: Kann und darf sich denn eine Partei überhaupt „christlich“ nennen? Bedeutet dieser Name nicht eine unzulässige Vereinnahmung des Christlichen für eine bestimmte Parteipolitik? Verträgt sich der universale Anspruch des christlichen Glaubens mit politischer Parteilichkeit? Und kann man denn als bekennender Christ heutzutage überhaupt noch sein Kreuz bei der Union machen oder ist es nicht vielmehr ein unaufhörliches „Kreuz mit dem C“?

Es gehört zum Eigentümlichen der Geschichte der Union, dass diese Fragen sie seit ihrer Gründung (und genaugenommen schon davor) immer schon begleitet haben. Es gehört aber wohl auch zur Natur der Sache selbst, dass sie sie auch immer begleiten müssen. Gerade dieser letzte Gedanke signalisiert,

dass es bei der Frage nach dem „C“ um mehr geht als bloß um die Beschreibung von Prozessen der (politischen) Absegnung der Normativität des Faktischen. Es geht nach Willen und Überzeugung der Gründungsväter und –mütter der Union nämlich um die bewusste Gestaltung des Faktischen durch die selbstverpflichtende Orientierung am Normativen der Evangeliumsbotschaft: CDU und CSU haben in der Tat von Beginn an den Anspruch erhoben, sich als Partei von Christen in konfessionsübergreifendem Sinne in die Politik einzumischen und sie zu gestalten. Dies führte und führt bis heute zu Irritationen, Provokationen und Missverständnissen (von den gezielten oder unbewussten Unterstellungen dabei einmal ganz zu schweigen).

Es ist in diesem Zusammenhang überaus interessant, sich einmal klar zu machen, dass sich Protestanten und Katholiken in den Unionsparteien – ihren unterschiedlichen Denktraditionen und ihrem unterschiedlichen konfessionellen Zugang zur Welt der Politik gemäß – selbstverständlich immer auch der entsprechenden Kritik aus den Reihen ihrer jeweiligen Herkunftskirchen bis heute zu erwehren haben. Hierbei gilt es noch einmal daran zu erinnern, dass bei der Gründung der Union theologische Fragen im engeren Sinne eigentlich gar keine allzu große Rolle gespielt haben. Wie der bereits erwähnte Gründungsauftrag der Berliner CDU zeigt, war es vor allem der oft beschworene „Katakombengeist“ aus der gemeinsamen Erfahrung von Verfolgung und Widerstand, der bekennende Christen aus den beiden großen Konfessionen zur Erkenntnis brachte, dass man zum künftigen Wohle von Freiheit und Demokratie von nun an gemeinsam politisch tätig werden müsste.

Von dezidiert evangelischer Seite aus ist hier (bis heute) vor allem das überkommene grundsätzlich-theologische Misstrauen an einer zu engen Verbindung von Glauben und (Partei-)Politik wirksam. Es gehört zur Ironie der protestantischen Theologiegeschichte, dass ausgerechnet ein so bedeutsamer Theologe wie Karl Barth in einem Atemzug einerseits die sog. „Zwei-Reiche-Lehre“ Luthers ablehnen und andererseits mit Barmen II bekennen konnte, dass Jesus Christus „Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben“ ist. Zeit seines Lebens konnten er und später dann auch seine kirchlich-theologisch einflussreichen Schüler- und Anhängerkreise kein Verständnis dafür aufbringen, dass es genau diesen Anspruch eben auch von Seiten des Protestantismus im parlamentarisch-politischen Alltag durchzusetzen und aktiv zu befördern gilt.

» Protestanten und Katholiken in den Unionsparteien haben sich bis heute selbstverständlich immer der entsprechenden Kritik aus den Reihen ihrer Kirchen zu erwehren. «

Bis heute hat sich die protestantische Theologie immer noch nicht ganz von der einflussreichen Umklammerung durch die für die Beantwortung der speziellen Herausforderung der politischen Ethik schlechterdings unbrauchbare dialektische Theologie lösen können, mit der Folge, dass das politische Tagesgeschehen leider viel zu oft noch mit dem genüsslichen Gestus der bevormundenden „Wächterstimme“ kritisiert und kommentiert wird, während man sich gleichzeitig „von der Mitarbeit und dem Hineingehen in die gleiche Verantwortung peinlich fern“ (Hermann Ehlers) hält.

Von katholischer Seite aus werden traditionell weniger grundsätzlich-theologische Bedenken gegen das Projekt einer „C“ Partei artikuliert, da hier bereits das Naturrecht und eine längere Erfahrung mit dem politischen Parlamentarismus die nötige Legitimation schafft. Die Probleme der katholischen Kirche liegen dafür eher in der konkreten Politikbilanz: Wer, wie in

der klassischen römisch-katholischen Naturrechtslehre, davon ausgeht, dass es objektiv-verbindliche überpositive Normen gibt, die mit dem Menschsein gegeben und ihm bereits *naturaliter* eingestiftet sind, der gerät spätestens dann in Legitimationszwänge, wenn er sich einer pluralistischen Gesellschaft gegenübersehen sieht, die diese Annahmen so oder in diesem Umfang nicht mehr zu teilen bereit ist oder sie gar schlichtweg bestreitet.

4. Grundzüge einer Politik auf der Basis christlicher Verantwortung

Aus dem bisher Ausgeführten lassen sich die folgenden Grundzüge bzw. Leitlinien im Hinblick auf das Verständnis christlicher Verantwortung in der Politik ableiten:

- Bei der Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) im Jahre 1945 beriefen sich die Väter und Mütter der Union auf die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ als entscheidender „Kraftquelle“ zur Errichtung einer neuen „Ordnung in demokratischer Freiheit“ (1). Das „C“ im neuen Parteinamen, das zum ersten Mal in der deutschen Geschichte Katholiken und Protestanten in die gemeinsame politische Verantwortung rief, bildete dabei die Ermöglichungsgrundlage und entscheidende Klammer für die Gründung der Union, in der sich nun die unterschiedlichsten liberalen, konservativen und sozialen Kräfte auf eine tragende, gemeinsame Wertgrundlage verständigten.
- Das „C“ als gemeinsame Grundlage und Klammer der neuen Volkspartei drückte dabei von Anfang an den verantwortungsethischen Selbstanspruch engagierter und bekennender Christen (2) aus beiden Konfessionen aus und war niemals als Ausdruck eines christlichen Alleinvertretungs-, Monopol- oder gar Absolutheitsanspruches gemeint (3). Bewusste Christenmenschen aus beiden Konfessionen sollten vielmehr zur aktiven und lebendigen Mitarbeit in der neuen freiheitlich-parlamentarischen Demokratie ermuntert und gewonnen werden. Die Berufung auf das „C“ war nach der nationalsozialistischen Gräu- und Terrorherrschaft sowie den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges vor allem eine entschieden gezielte und deutliche Absage an jegliche Form von politischem Totalitarismus und jede politische Ideologie.
- Das „C“ ist dementsprechend inklusiv-einladend (4) und nicht exklusiv-abgrenzend zu verstehen. Es will als Basis der „Union“ versöhnen und zusammenführen, statt zu spalten und zu polarisieren. Es hat eine grundlegend anti-ideologische und anti-totalitäre Ausrichtung. Es signalisiert einen dezidiert praktisch-verantwortungsethischen und real-lebensweltlichen Anspruch an den eigenen politischen Auftrag, keinen bloß theoretischen oder gar abstrakt-gesinnungsethischen.
- Das „C“ als Grundlage der ethischen Vergewisserung und Selbstprüfung der Politik darf nicht in einem doktrinal-dogmatischen Sinne missverstanden werden. **Hermann Ehlers** legte Wert auf die Feststellung: „Sowohl der Kirche und ihrer Verkündigung als auch dem Staat und seinem Auftrag wird ein Dienst getan, wenn politische und religiöse Argumentationen säuberlich geschieden werden und jeder der ihr befohlene Raum zugewiesen bleibt.“ (5) Es gibt keine direkte und unmittelbare Möglichkeit der Umsetzung von christlichen Glaubensinhalten in die Tagespolitik.

- Ein „christliches Programm“, eine „christliche Partei“ oder eine „christliche Politik“ als solche kann es nicht geben, da diese wiederum selbst unter Ideologieverdacht fielen (6). Das „C“ ist stattdessen mit der orientierenden Funktion eines Marsch-Kompasses (7) vergleichbar (Helmut Thielicke). Auch wenn über Grund und Ziel des Weges Einigkeit herrschen sollte, muss um die genaue Marschroute und die damit verbundenen besten Mittel zur Erreichung des Zieles immer wieder gerungen werden. Das „C“ ist unsere Grundlage und Motivation. Es lässt sich insofern nicht in direkter oder gar deduktiver Weise vom reinen Inhalt der Forderungen ableiten (das wäre die Ideologie eines „Gottesstaates“), sondern nur vom Grund her, welcher allein Jesus Christus ist (1. Kor 3,11).
- Das „C“ ist kein oberflächliches Feigenblatt, kein schmückendes Beiwerk, sondern ernsthafte und lebendige Grundorientierung. Bei der Berufung auf das „C“ geht es keineswegs um den unaufrichtigen Versuch einer politischen Absegnung der normativen Kraft des jeweils Faktischen. Es geht vielmehr um die bewusste Gestaltung und Veränderung des Faktischen aus der selbstverpflichtenden Orientierung am Normativen (des christlichen Glaubens) heraus. Insofern ist an Richard von Weizsäcker zu erinnern, der vom „C“ einmal sehr treffend als selbstverpflichtendem „Stachel im Fleisch“ der Partei gesprochen hat.
- Auch wenn die Rede vom „Christlichen Menschenbild“ eine gewisse theologische Unschärfe besitzt, hat es sich in der Geschichte der Union als inklusive und vor allem praktikable Formel für die Benennung der grundlegenden christlichen Werteausrichtung bewährt. Es ist legitim, mit dieser insbesondere auch für säkulare Zeitgenossen anschlussfähigen Formel zu arbeiten. Diese Formel bedarf allerdings notwendigerweise der intensiven und permanenten selbstkritischen Reflexion. Nur dadurch entgeht die Berufung auf das Christliche Menschenbild der Gefahr, zum beliebigen und programmatisch unterbestimmten politischen Feigenblatt für alle möglichen Ziele, Forderungen oder Inhalte, mithin also zu einer parteipolitisch-ideologischen Allerweltsfloskel, oder zu einem letztlich unverbindlichen Andachtsbildchen in Sonntagsreden zu degenerieren. Es muss immer wieder klar sein: Das ‚C‘ als Grundlage unserer Politik lässt sich nicht auf einen abstrakten, allgemeingültigen Begriff engführen. Es lässt sich nicht als eine ideologische Idee oder gar ein fixes Prinzip beschreiben, sondern bedeutet stets das gemeinsame deliberative Ringen von lebendigen Christenmenschen um die besten Lösungswege angesichts der Herausforderungen und Probleme einer jeweiligen Zeit für jedes Thema und für alle Menschen. Das recht verstandene ‚C‘ im Parteinamen verweist also direkt und unmittelbar auf den Auftrag der christlichen Verantwortung selbst. Christliche Verantwortung ist zuallererst Verantwortung von aktiven Christen und verdankt ihre ganze Lebenskraft und Glaubwürdigkeit dem persönlich verantworteten Glauben, Hoffen und Bekennen derer, die sich bei ihrem politischen Engagement am Evangelium Jesu Christi orientieren. Das authentische christliche Lebens- und Glaubenszeugnis ist ein entscheidender, integraler und unverzichtbarer Bestandteil der politischen Verantwortung und des Selbstverständnisses in der Union.
- Das „C“ ist dabei nicht als fromme Hybris aufzufassen. Das Christliche Menschenbild, dem sich die Unionsparteien verpflichtet wissen, weiß um die Endlichkeit und Vorläufigkeit sowie die Fehlerhaftigkeiten und Beschränkungen unserer menschlichen Natur. Das Grundsatzprogramm der CDU von 2007 beschreibt deshalb zu Recht: „Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Darum sind auch der Planungs- und Gestaltungsfähigkeit der Politik Grenzen gesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Sie schafft Bereitschaft zur Versöhnung.“ (8) Das „C“ baut Brücken und Verbindungen zwischen den unterschiedlichsten Menschen. Es bezieht diese Kraft des Brückenbauens und der Versöhnung, die politisch und ethisch zu Kompromiss- und Konsenssuche anleiten, aus dem Geist der Liebe und Versöhnung Gottes, die in Jesus Christus erschienen ist. In seinem Buch "Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg" (2008) beschreibt Timotheos Frey dieses ganz spezifische und gemeinsame Merkmal christdemokratischer Parteien in Westeuropa als christlich inspirierte „Mediationspolitik“. Typische Kennzeichen hierfür sind „eine große Koalitionsbereitschaft, eine generelle Kompromissfähigkeit und die konsequente Suche nach Regierungsbeteiligung“ (S. 32f.). Dieses christdemokratische Grundverständnis von Politik entspricht am ehesten dem biblischen Leitbild: „Suchet der Stadt Bestes“ (Jer 29,7).
- Das „C“ wirkt durch seinen realistischen Blick auf die Wesensnatur von uns Menschen befreiend und ermutigt, trotz unserer Begrenztheiten, Irrtums- und Fehleranfälligkeiten, zur immer wieder neu verantwortbaren und damit verantwortlichen Tat. Das spezifisch christliche Freiheitsverständnis ist stets als Freiheit in Bindung und Verantwortung zu verstehen. Es schützt die Würde und Eigenständigkeit jedes Einzelnen und trachtet in Form gelebter Nächstenliebe zugleich immer auch nach den notwendigen Gemeinschaftsperspektiven von Solidarität und Gerechtigkeit.
- Das „C“ ist der Schatz und das entscheidende Identitätsmerkmal der Union. CDU und CSU tun deshalb gut daran, dieses Profil auch in Zukunft zu pflegen. Dies bezeugen bis zum heutigen Tage auch zahlreiche Umfragen in der deutschen Bevölkerung: „56 Prozent finden das Attribut ‚christlich‘ sympathisch, 26 Prozent unsympathisch. Die CDU hätte demnach einen C-Bonus und keinesfalls einen C-Malus.“ (9) In dem Maße, wie es gelingt, dem „C“-Profil Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung zu verschaffen, steigt auch das Vertrauen, das Ansehen und der Zuspruch für die Union.
- Wiederholte Umfragen bestätigen immer wieder, dass das „C“ für Anhänger wie Mitglieder der CDU nach wie vor von großer Bedeutung ist. Alle Verlautbarungen, Strategien und Maßnahmen die das „C“ als entscheidendes Identitätsmerkmal der Union relativieren, marginalisieren oder gar zu verschweigen trachten, sind im Gegenzug als höchst problematisch, gefährlich und letztlich kontraproduktiv zu betrachten. Wer am „C“ im Parteinamen rührt, rührt auch am Identitätskern und der Existenzgrundlage der CDU selbst.

» Das recht verstandene ‚C‘ im Parteinamen verweist direkt und unmittelbar auf den Auftrag der christlichen Verantwortung selbst. «

» Das ‚C‘ ist inklusiv-einladend und nicht exklusiv-abgrenzend zu verstehen. «

- Das „C“ lebt aber nicht zuletzt auch entscheidend davon, dass es auch in Zukunft eine hinreichende Zahl von bewussten und engagierten Christen in der Partei gibt, die die aus dem Glauben abgeleiteten christlichen Werteüberzeugungen und die mit dem Christlichen Menschenbild verbundenen Überzeugungen nicht nur verbal vertreten, sondern für diese auch selbst eintreten und sie auch vorleben (10). Die Mitglieder und Repräsentanten von CDU und CSU prägen schließlich selbst in herausragender und beispielhafter Weise das Bild, das sich die Menschen von der Union machen, mehr noch, als es Programme allein jemals tun könnten. In CDU und CSU versammeln sich deshalb überproportional viele Christen, mehr

als in allen anderen Parteien. Das gilt übrigens auch für die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und die Vertreter der Union in den Länderparlamenten.

- Gleichwohl war und sind CDU und CSU immer auch offen für Menschen mit anderen religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen, die die Werte der Union teilen und das Christliche Menschenbild als Grundlage politischen Handelns bejahen (11). Auch sie sind selbstverständlich willkommen, in der Union eine politische Heimat zu finden, und zur Mitarbeit eingeladen. Das „C“ bleibt die klar verbindliche Grundlage und Basis für alle Mitglieder in der Union.

Anmerkungen

- (1) S. Berliner Gründungsaufwurf der CDU von 1945, in: Peter Hintze (Hg.), *Die CDU Parteiprogramme – Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben*, Bouvier, Bonn 1995, S. 3.
- (2) Hermann Ehlers stellte einmal sehr schön klar: „Wenn heute von einer christlichen Verantwortung in der Politik geredet wird – leider wird von ihr zuviel geredet und zu wenig getan! – dann bedeutet das doch folgendes: Der einzelne Politiker soll in die Verantwortung vor dem Worte Gottes gerufen werden, das ihm gebietet, auch sein politisches Handeln so einzurichten, daß er es dereinst vor dem Richterstuhl Gottes zu verantworten sich getrauen kann. Es muß aber ausgeschlossen sein, daß das christliche, religiöse oder scheinbar religiöse Reden zum Vorwand einer politischen Entscheidung wird.“ (Karl Dietrich Erdmann, Hg., *Hermann Ehlers – Präsident des Deutschen Bundestages – Ausgewählte Reden, Aufsätze und Briefe 1950-1954*, Boppard am Rhein 1991, S. 144.)
- (3) Hierzu noch einmal Hermann Ehlers: „Die immer besonders grundsätzliche und gründliche evangelische Theologie hat sich dieser Frage mit großer Akkuratess angenommen und jenseits und diesseits des Rheins wird sehr viel Mühe darauf verwandt, immer wieder zu beweisen und zu betonen, daß es weder eine christliche Politik noch eine christliche Partei geben könne. Es scheint mir in diesem ganzen Wirbel notwendig zu sein, einmal sehr schlicht darauf hinzuweisen, daß wir uns bei der Gründung der Partei im Jahre 1945 über diesen ganzen Wust von Ideen und theologischen Lehren nicht den geringsten Gedanken gemacht haben. Selbst die überzeugtesten katholischen Anhänger einer Naturrechtslehre haben das sicher nicht getan, sondern alle haben instinktiv eine Folgeung aus einem bis zum Sterben des Volkes ausgekosteten Erlebnis gezogen. Sie haben erfahren, daß ein Volk, das in seinem ganzen Leben, in seiner Kultur- und Sozialpolitik, in seiner Wirtschaftspolitik, in seiner Innen- und Außenpolitik darauf ausgerichtet wird, Gott zu vergessen, ihn von seinem Thron zu stoßen und auf diesen Thron einen lebendigen Menschen oder eine Ideologie zu setzen, untergeht. So brutal, aber auch so einfach war es. (...) Darum hat niemand in der CDU überhaupt nur daran denken können, jemand anderen das Christsein absprechen zu wollen, wenn er einer anderen Partei angehörte. (...) Ebenso wenig konnte man daran denken zu meinen, es könnte einen christlichen Monopolanspruch geben.“ (A.a.O., S. 368/9)
- (4) Die CDU ist wohlgemerkt als ein ursprünglich inter-konfessionelles und keineswegs als ein „über-konfessionelles“ politisches Bündnis zu betrachten. Dieses seit Jahrzehnten bewährte politische Bündnis realisiert sich deshalb auch bis heute in Form von unterschiedlichen konfessionellen Herkunftsidentitäten und -traditionen.
- (5) Hermann Ehlers, a.a.O., S. 145.
- (6) Ein typisches, klassisches Ideologoumenon stellt auch die immer wieder anzutreffenden

Floskel vom sogenannten „Christlichen Abendland“ dar, wobei das Attribut „christlich“ in manchen Kreisen – wie an der Bewegung PEGIDA erkennbar – dabei bereits immer öfter schon als obsolet erscheint.

- (7) „Ich habe immer wieder versucht, das (...) an einem ganz simplen Bilde zu verdeutlichen, an einem Marschkompass. Dessen Zeiger weist auf das angepeilte Ziel. Nun ist es immer unmöglich, wenn wir diesen Zeiger – sagen wir mal – auf Liebe, Glaube, Hoffnung richten, aufgrund dieser Zeigeranzeige einfach geradeaus und unmittelbar auf das Ziel zuzugehen. Denn dann stoßen wir auf lauter Hindernisse, auf Rotlicht, auf Häuserzeilen, auf Ströme und Abgründe. Um die müssen wir dann herumgehen, aber ständig die Zielrichtung im Auge behalten. Es zeigt sich also, daß bei der Verwirklichung ethischer Ziele eine Beurteilung des Geländes nötig ist, daß man es jedenfalls in Rechnung ziehen muß.“ (Helmut Thielicke, *Erwiderung auf die Verleihung des Hermann-Ehlers-Preises am 23. November 1984 in Hamburg*, in: W. Bernhardt, Hg., *Ein Christ in der Politik – Hermann Ehlers zum Gedenken 1904-1954*, Neumünster 1985, S. 65.)
- (8) *Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm. Beschlossen vom 21. Parteitag in Hannover, 3.-4. Dezember 2007*, Ziffer 7., S. 8.
- (9) Dr. Andreas Püttmann, *Gesellschaft ohne Gott? – Kirchen und Gemeinwohl*, in: *Evangelische Verantwortung*, Ausgabe 9+10 2016, S. 5.
- (10) Vgl. Helmut Thielicke, *Theologische Ethik II*, 2, Tübingen 1958, S. 86: „Der christliche Glaube kann nur im Namen seiner Substanz, d.h. im Namen des von ihm geglaubten Herrn, und nicht im Namen der dabei „mit herauskommenden“ Ideen [zu ergänzen wäre hier: Werte oder Normen, Anm. d. EAK] wirksam werden. Und er kann sich auch nur an die Substanz des Menschen, d.h. an sein Herz, wenden. Negativ ausgedrückt heißt das: Der Glaube kann nicht so wirksam werden, daß er primär christliche Sozialordnungen und die diese Ordnungen tragenden Werte verkündet und organisatorisch verwirklicht. Das würde nur heißen, das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen.“
- (11) Vgl. *Freiheit und Sicherheit – Grundsätze für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands. Beschlossen vom 21. Parteitag, Hannover, 3.-4. Dezember 2007*, S. 7: „Die CDU ist für jeden offen, der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Auf diesem Fundament baut unser gemeinsames Handeln in der CDU auf.“

Fußnoten

- 1 Helmut Thielicke, *Der Glaube der Christenheit*, Vandenhoeck & Ruprecht in Göttingen 1958, S. 13.
- 2 *Berliner Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945*

Sie haben die Wahl!

EAK-Wahlmonitor zur Bundestagswahl am 26. September 2021

Dafür stehen die Unionsparteien als Volksparteien:

- Für eine verantwortliche, umsichtige, alle Bürgerinnen und Bürger und alle gesellschaftlichen Gruppen zusammenführende und ausgleichende Politik auf der Basis des Christlichen Menschenbildes und der christlichen Wertgrundlagen
- Für ein unideologisches und realitätsbewusstes Politikverständnis mit Maß und Mitte sowie das engagierte Ringen um vernünftige Kompromisse und beste Lösungen für die vielfältigen Probleme und Herausforderungen unseres Landes
- Für Freiheit in Bindung und Verantwortung, die für die Entfaltung von Individualität und Vielfalt genauso viel Platz lässt wie für gemeinsame Werte, Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Für die besondere Förderung von Ehe, Familie und Kindern und für den Schutz des menschlichen Lebens und seiner unantastbaren Würde vom Anfang bis zum Ende
- Für einen starken Staat, der innere wie äußere Sicherheit garantiert und eine wehrhafte Demokratie, die sich – ohne Ausnahme – klar und deutlich gegen jede Form von Radikalismus und Extremismus abgrenzt. Wir treten politisch jeder Form von Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus oder Diskriminierung von Menschen entschieden entgegen.
- Für den weltweiten Einsatz für Religionsfreiheit, Demokratie und universale Menschenrechte sowie eine verantwortliche Entwicklungs-, Asyl- und Migrationspolitik. Wir



stehen zu den westlichen Werten und den Verpflichtungen unseres westlichen Verteidigungsbündnisses (NATO) und treten für das Existenzrecht Israels ein.

- Für Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und „Wohlstand für alle“ durch das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft. Wir treten ein für Sparsamkeit und Haushaltsdisziplin, gegen Steuererhöhungen und weitere Eingriffe ins Eigentumsrecht. Nur gutes Wirtschaften und kluge Haushaltspolitik sichern auch in Zukunft die hohen Standards unseres in aller Welt hoch angesehenen und leistungsfähigen Sozialstaates.
- Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung für unsere Schöpfung und unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Wir treten ein für eine Klima-, Umwelt- und Energiepolitik aus einem Guss und mit Herz, Sinn und Verstand.
- Wir setzen auf die Potentiale von guter Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation
- Wir bekennen uns zu den unverzichtbaren geistigen, kulturellen und historischen christlichen Prägungen unseres Landes und zum Erhalt der christlichen Feiertage, der Sonntagsruhe und des Religionsunterrichtes an den öffentlichen Schulen. Auf der bewährten Basis des deutschen Religionsverfassungsrechtes fördern wir die bewährte Kooperation von Kirche und Staat und achten die freiheitlichen Selbstbestimmungsrechte von Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Dafür steht die FDP:

- **Bioethik (Lebensschutz), Familienrecht, Gesellschaft und Identität:** Für ein „liberales Sterbehilfegesetz“, **Legalisierung der Eizellspende**, „Klarstellung, dass die **Embryonenspende** (*sic!*) zulässig ist“, **Ermöglichung der Leihmutterchaft** („nichtkommerziell“), Anerkennung der **Mehrelternschaft** („**Bis zu vier Elternteile** sollen im Interesse des Kindeswohls rechtliche Eltern sein können.“), „Adoptionsrecht für alle“, **Abschaffung § 219a Strafbuch, Abschaffung des Transsexuellengesetzes** und **Schaffung eines „Selbstbestimmungsgesetzes“** („Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von den Krankenkassen

übernommen werden.“), Einführung einer gesetzlichen „Verantwortungsgemeinschaft“ neben der Ehe, Stärkung von LSBTI-Rechten

- **Kirche und Religionsgemeinschaften:** „Weiterentwicklung“ des „Staatskirchenrechtes zum Religionsverfassungsrecht“: **Ablösung der Staatsleistungen** an die Kirchen, **Abschaffung der „stillen Feiertage“** und der kirchlichen „Privilegien im Arbeitsrecht“
- **Sonstiges: Wahlrecht ab 16 Jahren**, kontrollierte **Freigabe von Cannabis**

Dafür stehen Bündnis 90/Die Grünen:

- **Klimapolitik:** Die Umsetzung einer radikalen klima- und energiepolitischen Agenda, gleichsam mit der Brechstange. Alles im Staate soll zukünftig dem obersten Ziel der von den Grünen ausgerufenen „Klimagerechtigkeit“ untergeordnet werden (s. auch „Klimaschutz-Sofortprogramm“). Diese enorme Ausweitung von wirtschaftlichen Lenkungsmaßnahmen und ordnungsrechtlichen Vorgaben von Seiten des Staates würde schon bald völlig unkalkulierbare wirtschaftliche, finanzielle und soziale Belastungsfolgen zeitigen. Die geplanten Maßnahmen dafür sind u.a.: Der vorgezogene Kohleausstieg (2030 statt 2038), die Schaffung eines „Klima-Ministeriums“ mit Vetorecht, massiver staatlicher Planungsdruck in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens, eine „generationen- und budgetgerechte“ Nachschärfung des Klimaschutzgesetzes, die vorgezogene Erhöhung des CO₂-Preises auf 60 Euro pro Tonne schon für das Jahr 2023, massive Einschränkungen des individuellen Automobilverkehrs und der damit verbundenen Mobilitäts-Freiheitsrechte durch Schaffung „autofreier Innenstädte und Stadtviertel“, die Umwandlung von Auto- in Fahrradparkplätze, innerstädtisches Tempolimit von 30 km/h, Tempolimit von 120 km/h auf allen Autobahnen, Einführung zusätzlicher Bußgelder und Nahverkehrsabgaben („City-Maut“), Verringerung von Kurz- sowie Langstreckenflügen. Verkehrspolitisch soll Deutschland zum „Fahrradland“ werden!
- **Haushaltspolitik und Sozialpolitik:** Die Abschaffung der grundgesetzlichen Schuldenbremse (im Grünsprech: „Reform“, „Schuldenbremse zeitgemäß gestalten“), Steuererhöhungen (Anhebung der Steuersätze für Besser- und Spitzenverdiener) und die Einführung einer neuen Vermögenssteuer, „Garantiesicherung“ (Grundsicherung) statt Hartz IV mit dem Fernziel des „bedingungslosen Grundeinkommens“, Transformation der gesetzlichen Rentenversicherung in eine „Bürger*innenversicherung“
- **Familienpolitik:** Ausweitung der „Kinderrechte“ im Grundgesetz, Schaffung eines „modernen und liberalen Namensrechtes“ im Familienrecht in Verbindung mit der weiteren Entgrenzung des Familienbegriffes durch die Reform des Abstammungsrechtes sowie die Schaffung neuer, auch wahlverwandschaftlich geprägter Rechtsinstitute („soziale“ neben leiblicher Elternschaft, „Mehr-Eltern-Familien“, „Co-Elternschaft“, „Pakt für das Zusammenleben“), Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer präferierten Individualbesteuerung der Ehepartner (Optionsschutz nur bei Bestandsehen)
- **Identitätspolitik:** Konsequentes „Gender-Mainstreaming“ in allen Bereichen des öffentlichen Lebens (u.a. auch „Gender-Budgeting“ und „Diversity-Mainstreaming“ in den Bereichen Finanzen/Haushalt und Verwaltung), die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) soll zur obersten Bundesbehörde (also noch ein weiteres Ministerium?) ausgebaut werden, Einführung paritätischer Frauenquoten für Führungspersonen im Gesundheitswesen und „diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung“ für LSBTIQ sowie Geschlechtervielfalt in der Digitalwirtschaft, das Motto lautet „Wir rücken Feminismus, Queerpolitik und Geschlechtergerechtigkeit in den Fokus“
- **Asyl-, Migrations- und Integrationspolitik:** Schaffung eines eigenständigen Ministeriums für Einwanderung, Einführung des kommunalen Wahlrechtes für Drittstaatsangehörige, Erleichterungen und Entbürokratisierung beim Einbürgerungs- und Staatsbürgerschaftsrecht (Antrag auf Einbürgerungen nach 5 Jahren Aufenthalt in Deutschland, auch für „anerkannte Geflüchtete“, automatischer Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft, „wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat“, „Hindernisse bei der Identitätsklärung, die nicht in der Hand der Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht angelastet werden“, „Für binationale Familien und Paare, egal ob mit oder ohne Trauschein, wollen wir die Einreise unbürokratisch und fair gestalten“), neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration schaffen, vermehrte Anerkennung der Mehrstaatigkeit durch Abschaffung des Optionszwanges im Staatsangehörigkeitsrechtes, Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die Ausrufung „sicherer“ Herkunft- oder Drittstaaten wird abgelehnt, Abschaffung des Flughafenverfahrens sowie der Möglichkeit der sofortigen Zurückweisung an den deutschen Binnengrenzen, kategorische Abschiebestopps in Kriegs- und Krisenländer sowie nach Syrien und Afghanistan.
- **Kirche und Religionsgemeinschaften:** „Muslim*innen schützen und stärken“, Forderung nach Reform des kirchlichen Arbeitsrechtes (Aufhebung der „Ausnahmeklauseln für Kirchen im Betriebsverfassungsrecht und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“), Unterstützung für die „notwendige Modernisierung der christlichen Kirchen“ und die Forderung nach „lückenloser Aufklärung der Fälle sexualisierter Gewalt“, die Ablösung der Staatsleistungen soll umgesetzt werden, Streichung des § 166 des StGB (sog. „Blasphemie-Paragraph“: Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen)

Dafür steht die SPD:

- **Haushaltspolitik und Sozialpolitik:** Massive staatlich-öffentliche Investitionspolitik zur Wirtschafts- und Innovationsförderung (Staat als „strategischer Investor“ und „Innovationstreiber“) durch neue Staatsverschuldung (Nutzung der „verfassungsrechtlich möglichen Spielräume zur Kreditaufnahme“), Steuererhöhungen für Besserverdiener (= Reichensteuer) und Steuerentlastung „für die Mehrheit“ (*unspezifiziert*), Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer, Reform der Erbschaftssteuer und Einführung einer Finanztransaktionssteuer, längere Bezugsmöglichkeiten für das „Arbeitslosengeld I“, Entwicklung eines grundsichernden „Bürgergeldes“ (zum „Leben in Würde“ und zur „gesellschaftlichen Teilhabe“), Ablehnung der Heraufsetzung des Renteneintrittsalter, zukünftige Zusammenführung der „Altersversorgung der Beamt*innen mit der gesetzlichen Rentenversicherung und eine „Vollversicherung als Bürgerversicherung, die alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen“ abdecken soll.
- **Familien- und Identitätspolitik:** Forderung nach Abschaffung des §219a und „Feststellung“ (*sic!*) in Bezug auf §218ff: „Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht“, Reform des Abstammungsrechtes („für gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe, insbesondere bei Adoptionen“), Abschaffung der psychologischen Gutachten zur „Feststellung der Geschlechtsidentität“ (Anpassung des Personenstandes)
- **Kirche und Religionsgemeinschaften:** Die Kirchen sind der SPD in ihrem gesamten „Zukunftsprogramm“ kaum der besonderen Erwähnung wert: „Wir begrüßen das Engagement in den Religionsgemeinschaften und Kirchen.“ (S. 46)

Dafür steht „Die Linke“:

- **Haushaltspolitik und Sozialpolitik:** Massive Steuererhöhungen und zusätzliche Vermögensabgaben: Reichen-(60–75 %), Erbschafts-, Umsatz-, Finanztransaktions- und Gewerbesteuer („Gemeindefinanzsteuer“ – *sic!*) und Abschaffung der Schaumweinsteuer (*kein Witz!*), Abschaffung der Schuldenbremse und neue Staatsverschuldung, massive Regulierung des Arbeitsmarktes und zahlreiche neue und unseriös kalkulierte Wohlstandsversprechungen: Erhöhung des Mindestlohnes auf 13 Euro, volle Sozialversicherungspflichtigkeit für Minijobs, Anhebung des Rentenniveaus auf 53 %, Einbeziehung aller Erwerbstätigen (inkl. „Freiberufler*innen“, „Manager*innen“ und „Beamt*innen“), Solidarische Mindestrente von 1200 Euro, **Frühverrentung ab 60 Jahre** (Zurücknahme der Regelaltersgrenze von 67 Jahren), **Verstaatlichung** („Vergesellschaftung“) der Strom- und Wärmenetze, Einführung eines bundesweiten „Mietendeckels“ abgezogen und vernichtet werden.“), Schließung aller „ausländischen Militärbasen“ in Deutschland, „Verhandlungen über einen deutsch-Russischen (*sic!*) Vertrag (...), um Versöhnung und Freundschaft (...) zu erreichen und zu verstetigen“, **Austritt aus der NATO**
- **Familien- und Identitätspolitik:** Geschlechterquotierung, Abschaffung von § 218 und 219 („Wir wollen für Frauen, Trans* und nicht binäre Menschen einen legalen Zugang zum Schwangerschaftsabbruch“), **Künstliche Befruchtung kostenfrei für alle**, Einführung eines „Wahlverwandschaftsrechtes“, **Reform des Abstammungsrechtes**, Abschaffung des Ehegattensplittings, Geschlechtsneutrale Toiletten und Waschräume
- **Kirche und Religionsgemeinschaften:** **Massive Eingriffe in das Religionsverfassungsrecht:** „Eine (automatische) Mitgliedschaft von Kindern in Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften der Eltern lehnen wir ab. Ein Beitritt darf nur selbst und nach Erreichen der Religionsmündigkeit erfolgen.“, **Institutionelle Trennung von Staat und Religion**“ (bzw. „Staat und Kirche“), **Abschaffung des kirchlichen Sonderarbeitsrechtes und Ablösung der Staatsleistungen**
- **Sonstiges:** Kündigung des „Flüchtlingsdeals“ mit der Türkei („Asylrecht ausweiten und durchsetzen!“), **Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre**, Einsatz für eine „antifaschistische Erinnerungskultur“, „Treuhand-Vergangenheit aufarbeiten“, „Europaweit: **Reichtum von oben nach unten verteilen**“

Dafür steht die AfD:

- **Staat und Recht: Unmittelbare Demokratie** („... um dem autoritären und teilweise totalitären Gebaren der Regierungspolitiker Einhalt zu gebieten“): Volksabstimmungen nach Schweizer Modell („uneingeschränkte Volkssouveränität“), **Reform des Verfassungsschutzes**, „Entpolitisierung der Justiz“ („Die AfD will die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten beenden“), **Abschaffung der „Institution der parlamentarischen Staatssekretäre“ und der staatlichen „Finanzierung von Parteistiftungen“, Begrenzung der Parteienfinanzierung, Abschaffung der Politikerpensionen**
- **Europa, Außen- und Verteidigungspolitik: Abschaffung der EU** („Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten“), **Abschaffung des Euro** („Deutschland muss aus dem untergehenden Euro-System austreten“, „Wiedereinführung nationaler Währungen“), **Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten**, Für **Beteiligung Deutschlands am Projekt „Neue Seidenstraße“ Chinas, Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland**, Dienst in Streitkräften nur für Deutsche ohne zweite Staatsangehörigkeit
- **Religionsverfassungsrecht: Abschaffung der islamtheologischen Lehrstühle** an deutschen Universitäten und **des konfessionellen Islamunterrichtes** an den staatlichen Schulen, flächendeckende **Überprüfung aller Moscheevereine** (Deutschpflicht in Koranschulen)
- **Asyl- und Migrationspolitik: Zurückweisung von Asylsuchenden** bei Einreise an der Grenze, Ausbau der deutschen Grenzsicherung, Beantragung von Asyl und Eröffnung des Antragsverfahrens nur bei nachgewiesener Identität und Staatsangehörigkeit, Abschaffung des „Spurwechsels“, **Abschiebeoffensive und Abschaffung von Duldungen, Aufhebung der „Kirchenasyl“-Vereinbarung** zwischen BAMF und Kirchen, **Kündigung des UN-Migrations- und Flüchtlingspaktes, Rückkehr zum Abstammungsprinzip bei der Erteilung der deutschen Staatsangehörigkeit**
- **Sonstiges:** Einsetzung eines parlamentarischen **Corona-Untersuchungsausschusses**, gegen die „**Schmähung des Deutschen Kaiserreiches**“, **Kündigung aller Rundfunkstaatsverträge, Kündigung des Pariser Klimaabkommens**

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler,
Pastor Dirk Heuer, Sabine Kurtz,
Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Michelle Zurek
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

Spenden-Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

Thomas Rachel MdB
Armin Laschet MdB
Christian Meißner

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis

Titelbild, S. 3 und S. 4: © CDU/Laurence Chaperon
S. 2: © Tobias Koch
S. 5 und 16: © Christian Meißner

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!



**Am 26.
September
beide Stimmen
für CDU oder
CSU!**



Warum wir uns als Protestanten für CDU und CSU

Der neugewählte EAK-Bundesvorstand stellt sich vor

„Es sind diese lebendigen christlichen Grundanschauungen und Werthaltungen, die den Kompass der Union ausmachen.“

Thomas Rachel MdB (Bundesvorsitzender) | *1962, Parl. Staatssekretär im BMBF, Mitglied im Rat der EKD | Landesverband: NRW



Foto: Tobias Koch

„Christliche Werte sind mein Kompass. Die Bewahrung der Schöpfung steht im Zentrum meines Handelns.“

Sabine Kurtz MdL (stellv. Bundesvorsitzende) | *1961, CDU-Abgeordnete im baden-württembergischen Landtag und Staatssekretärin im Ministerium für Ländlichen Raum | Landesverband: Baden-Württemberg



„Ich engagiere mich in der CDU, weil starke Volksparteien einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.“

Pastor Dirk Heuer (stellv. Bundesvorsitzender) | *1972, Landesvorsitzender des EAK in Niedersachsen

Foto: Steffen Böttcher

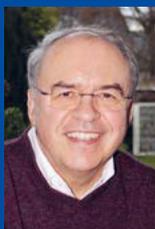


„Mein politisches Engagement verstehe ich zu jeder Zeit als einen Dienst am Menschen. Diese Arbeit leiste ich gerne, in Dankbarkeit sowie in dem Vertrauen, unserem Land und den Vereinten Nationen an solch wichtiger Stelle dienen zu dürfen. Als evangelischer Christ ist es für mich von größter Bedeutung, dass ich bei ethisch zentralen Fragestellungen die Stimme der Christen in der CDU/CSU zu Gehör bringe. Dabei bewegen mich alle Fragen vom Beginn bis zum Ende des Lebens.“

Christian Schmidt MdB (stellv. Bundesvorsitzender) | *1957, Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina, Bundesminister a. D., Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU

„Die CDU ist kein verlängerter Arm einer Klientel oder Weltanschauung. Mit dem Kompass liberale Demokratie, soziale Marktwirtschaft und christliches Menschenbild versucht sie, die vielfältige Wirklichkeit als Anwalt der Bürger und Schrittmacher des Gemeinwohls zu gestalten. Das ‚C‘ inspiriert, stärkt Resilienz, ist Triebfeder des politischen Handelns.“

Burkhard Budde (Beisitzer) | *1953, promovierter Theologe, freier Journalist, war viele Jahre lang Vorsitzender einer diakonischen Stiftung | Landesverband: Niedersachsen



„Politisches Handeln sollte auf christlich Werten fußen, wie sie die CDU vertritt. Für mich gehört dazu eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Umwelt-, Klima-, Energie- und Ernährungspolitik, die Chancen und Risiken des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sorgsam abwägt und sich an Fakten, nicht an Emotionen orientieren.“

Prof. Dr. Wolfgang Merbach (Beisitzer) | *1939, Agrar- und Naturwissenschaftler, Autor/Herausgeber von mehr als 500 Publikationen (davon 35 Büchern), war Dekan der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Halle – Landesverband: Sachsen-Anhalt

„Ich bin tief davon überzeugt, dass das christliche Menschenbild der CDU der beste Lösungsansatz für die aktuellen Fragen unserer Gesellschaft ist: Menschenwürde, Freiheit in Verantwortung und das Wissen um die eigene Fehlerhaftigkeit.“

David Müller (Beisitzer) | *1972, Haupt- und ehrenamtlich für Religionsfreiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv, Landesvorsitzender des EAK in Baden-Württemberg



„Als christlich geprägte Schleswig-Holsteinerin engagiere ich mich in der CDU für gute Bildung und für unsere Landeskultur. Mit einer klaren Werthaltung fördern wir das Wohl der hier lebenden Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Anette Röttger MdL | *1964, Landesvorsitzende des EAK in Schleswig-Holstein, Mitglied im Bildungsausschuss und Agrar- und Umweltausschuss, Sprecherin für Hochschule, Kultur und Verbraucherschutz



„Menschen können Schuld auf sich laden. Christdemokraten wissen, ein Neuanfang ist möglich durch Einsicht und Vergebung. ‚An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.‘ (Matth. 7,16) – Christdemokratische Überzeugungen haben der Bundesrepublik gutgetan.“

Johannes Selle MdB (Beisitzer) | *1956 | Landesverband: Thüringen



Foto: Deutscher Bundestag / H.J. Müller



„Ich engagiere mich in der CDU, da sie Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne des christlichen Menschenbildes ermöglicht und nicht ein ideologisch geleitetes Weltverbesserungskonzept vertritt. Die CDU ist meine politische Heimat.“

Frieder Weinhold (Beisitzer) | *1953, Theologe, Landesvorsitzender des EAK in Mecklenburg-Vorpommern

„Ich bin evangelische Christin und Mitglied der CDU, weil mein christlicher Glaube für mich Einsatz zum Wohle der ‚Stadt Bestes‘ heißt. Für diesen Einsatz steht die CDU auf der Basis des christlichen Menschenbildes. Dafür engagiere ich mich mit voller Kraft und Überzeugung.“

Christine Lieberknecht (stellv. Bundesvorsitzende) | *1958, Pastorin, Thüringer Ministerpräsidentin a.D. | Landesverband: Thüringen



„Die CDU steht für eine Politik der Sicherheit, des sozialen Ausgleichs und der Nachhaltigkeit in allen Bereichen. Dazu gehört u.a. die Bewahrung der Schöpfung und die Beendigung der Verschuldungspolitik zu Lasten der nachfolgenden Generationen.“

Dieter Hackler (stellv. Bundesvorsitzender) | *1953, Pfarrer i.R., Ministerialdirektor a. D. | Landesverband: NRW



Foto: Manuel Thomé

Foto: Benjamin Decker



„Frieden und Freiheit sind nicht selbstverständlich. Wir erhalten sie auf Dauer nur mit eigenem Einsatz. Es kostet Zeit und Mühe, Gleichgültigen und Andersdenkenden zu begegnen. Überzeugen beginnt immer mit genauem Hinhören. Mich treibt aus christlicher Verantwortung die Arbeit für marktwirtschaftlichen Klimaschutz an. Er gelingt nicht national, sondern nur, wenn wir global Nachahmer finden.“

Henning Aretz (Beisitzer) | *1956, Jurist, Geschäftsführer einer Stiftung, Diakoniekirchmeister, Vorsitzender des EAK Nordrhein-Westfalen

„Wir leiten unser Handeln vom christlichen Menschenbild ab. Wir sind für ökologisches Wachstum anstatt für den ökonomischen Niedergang. Wir stehen für Föderalismus, für Europa, den starken Staat zum Schutz der Rechte und der Freiheit unserer Bürger.“

Jürgen Hopf (Beisitzer) | *1959, Diakon, Heilpädagoge u. Sozialbetriebswirt | Landesverband: Bayern



„Als Mensch, der in der DDR aufgewachsen ist und alles das, was in dieser Zeit geschehen ist, miterlebt habe, bin ich glücklich, heute in einem Land leben zu dürfen, in dem nach bürgerlich demokratischen Grundsätzen gehandelt wird. Die CDU/CSU hat daran großen Anteil.“

Hans Beck (Beisitzer) | Landesverband Sachsen

„Unsere Gesellschaft befindet sich im Wandel. Ob hinsichtlich neuer Mobilitätskonzepte, der Identitätspolitik, der Energieerzeugung oder bei der Ernährung. In diesen Bereichen wird es gewaltige Veränderungen geben. In Zeiten des Umbruchs bleibt eines jedoch gewiss: Dass das christliche Menschenbild Maßstab unseres politischen Handelns ist.“

Melanie Liebscher (Beisitzerin) | *1972, Referatsleiterin im BMBF | Landesverband: Berlin-Brandenburg



Foto: Hofphotografen GmbH Berlin

Foto: SNAPSHOTZ by Petra Fischer



„Freiheit und Verantwortung, Vielfalt und Konsens, Nächstenliebe und eine verlässliche gesellschaftliche Ordnung stehen im Mittelpunkt der Politik der CDU: Eine nachhaltige Politik für alle, die Wirtschaft, Klimaschutz und sozialen Ausgleich zusammendenkt und nicht das Eine zu Lasten des Anderen macht.“

Sybille Möller-Fiedler (Beisitzerin) | *1960, Diplom-Volkswirtin, Landesvorsitzende des EAK Hamburg. Sie kandidiert bei der Bundestagswahl auf Platz 13 der Hamburger Landesliste



„Das Wertefundament der Partei stimmt und es entspricht weitgehend meinem eigenen Wertekompass. Für jede Standortbestimmung spielt das ‚C‘ im Parteienamen eine wesentliche Rolle. ‚Politik aus christlicher Verantwortung‘ ist das Credo des EAK und auch meiner politischen Arbeit.“

Elisabeth Motschmann MdB (Beisitzerin) | *1952, kultur- und medienpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion | Landesverband: Bremen

„Ich engagiere mich im EAK, weil wir zwar eine Trennung von Kirche und Staat haben, andererseits der Dialog zwischen beiden für unser Land unerlässlich ist. Diesen aufrecht zu erhalten und zu fördern, Neues einzubringen und Bewährtes zu erhalten ist mein Ziel. Ein besonderes Anliegen ist ein energisches Entgegenreten gegen jede Form des Antisemitismus, sei er noch so geschickt auch politisch verpackt. Dies ist einer der Gründe, weshalb ich mich intensiv um die Studienreisen des EAK in das Heilige Land kümmere.“

Friedemann Schwarzmeier (Beisitzer, Schatzmeister und Datenschutzbeauftragter) | *1947, Jurist, Bürgermeister a.D. | Landesverband: Rheinland-Pfalz

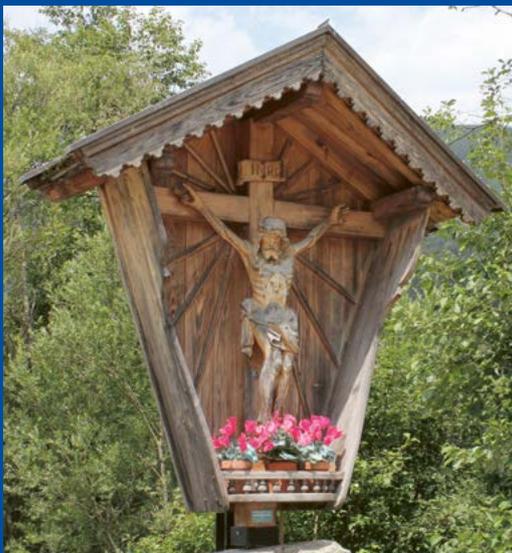


„Wir als Christdemokraten trauen den Menschen etwas zu. Es gilt, dass jede und jeder aufgerufen ist, für sich und sein Leben, aber auch für seine Mitmenschen und die uns geschenkte Schöpfung, Verantwortung zu übernehmen. Natürlich jeweils entsprechend seinen Fähigkeiten. Eine Politik der Verbote und der Gängelung, die die Bürgerinnen und Bürger bevormundet, passt nicht zur freiheitlichen Politik der Union, die unser Land geprägt hat.“

Tobias Utter MdL (Beisitzer) | *1962, Europapolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion Hessen und Präses des Ev. Dekanats Wetterau.



Meditation



Reformationstag 2021 „...ein Wörtlein kann ihn fällen“?

Gefechtsitze real gelebter „Vielfalt“ doch plötzlich ganz handfest und leibhaftig um den eigenen Ruf, die Reputation, die beruflichen Aufstiegschancen oder gar die wirtschaftliche Gesamtexistenz geht. Ein einziges, vielleicht unbedachtes oder aus dem Kontext gerissenes und vorsätzlich kolportiertes „Wörtlein“ oder eine böse Schlagzeile reichen bereits aus, um jemanden öffentlich zu beschädigen oder vollständig „fällen“ zu können. Es zeigt sich in unseren freien Gesellschaften des Westens immer deutlicher ein verstörender, selbstgerechter moralistischer Furor und ein völlig unbarmherziger Jakobinismus, der auffällig parallel geht mit dem substanziellen Verlust bewährter christlicher Glaubensvorstellungen und Werthaltungen.

Doch wer möchte eigentlich irgendwann noch in einer Gesellschaft leben, in der es die Begriffe „Gnade“, „Barmherzigkeit“ und „Vergebung“ nicht mehr gibt? Unser Herr Jesus Christus ruft uns allesamt zur Demut und zur Besinnung: Wer in blinder Selbstgerechtigkeit seinen Nächsten richtet, richtet sich selbst (Mt. 7,1) und wird dereinst von Herrn gerichtet werden. Darum dürfen und sollen wir uns als Christen nicht entmutigen lassen, sondern stets frei und fröhlich heraus bekennen, selbst wenn „die Welt voll Teufel wär...“

Obwohl wir, was die Bekenntnisfreiheit in Deutschland angeht, verglichen mit dem Reformationszeitalter, in paradiesischen Verhältnissen leben, hat sich auch bei uns mittlerweile ein gesellschaftliches Klima gebildet, in dem viele Bürger zunehmend das Gefühl haben, doch nicht mehr ganz so frei ihre Meinung sagen zu können bzw. zu wollen (vgl. die jüngste Allensbach-Umfrage zur Meinungsfreiheit). Persönliche Beleidigungen, Angriffe und Diffamierungen, „Cancel Culture“, Mobbing und die Dauerinsinuation in Form von immer absurderen Diskriminierungsvorwürfen werden zu machtvollen Waffen, um sich unliebsame Argumente und Meinungsperspektiven vom Leibe zu halten und völlig rechtschaffene Menschen in der Mitte der Gesellschaft, die weder irgendwie „homo- oder transphob“, noch „faschistoid“ noch „menschenfeindlich“ sind, gezielt öffentlich mundtot zu machen oder sozial auszugrenzen.

Natürlich kann jeder in unserem Land – innerhalb der durch das Grundgesetz bestimmten Grenzen des Zulässigen sowie des allgemein Schicklichen und Anständigen – immer frei sagen, was er will! Diese allgemeine und gültige Regel kann allerdings in dem Augenblick zur reinen Theorie werden, wo es in der täglichen